ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lang, Eva

Article — Digitized Version

Staatswirtschaftliche Quoten: Ein Beitrag zur Messung der Staatstätigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lang, Eva (1976) : Staatswirtschaftliche Quoten: Ein Beitrag zur Messung der Staatstätigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 10, pp. 529-536

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135004

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Staatswirtschaftliche Quoten

Ein Beitrag zur Messung der Staatstätigkeit

Eva Lang, Würzburg

Dieser Beitrag will sich in erster Linie nicht erneut mit dem Aussagewert bislang verwandter „staatswirtschaftlicher Quoten" auseinandersetzen. Er will vielmehr dazu anregen, das bisher unbefriedigende Meßinstrumentarium ad acta zu legen und neue Meßsysteme zu entwickeln.

Mit seinem Gutachten vom 30. Juli 1976 „zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten" [1]) stellte der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen fest, daß die Thematik um die Formulierung und den Aussagewert „staatswirtschaftlicher Quoten" keineswegs ausdiskutiert ist. Die Bedenken gegen die bekannten Kennziffern zur Messung des Umfangs staatlicher Aktivität können nicht nur in den Bereich von Randproblemen von der Art statistischer Erhebungsschwierigkeiten oder rechnerischer Ungenauigkeiten abgeschoben werden. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen die Qualifizierung dieser Kennziffern als Quote und – davon abhängig – gegen deren Aussagefähigkeit.

Die primäre Zielsetzung dieser Ausführungen liegt nicht in einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Aussagewert der unter dem Begriff „staatswirtschaftliche Quoten" bekannten Kennziffern. Beabsichtigt ist der Anstoß, das – wie die Literatur fast einmütig zeigt [2]) – unbefriedigende Meßinstrumentarium ad acta zu legen und die Entwicklung neuer quotaler Meßsysteme der Staatsaktivität anzuregen. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung konzentrieren sich sowohl die Kritik an den bisher üblichen „staatswirtschaftlichen Quoten" als auch die Überlegungen zur Entwicklung einer Meßkonzeption auf zwei Aspekte:

☐ Erstens auf den der formalen Anforderung, der eine Kennziffer genügen muß, soll sie der speziellen Kennziffergruppe „Quoten" zurechenbar sein [3]). Das Merkmal liegt darin, daß die im Zähler stehende Größe des Quotienten eine Teilmenge der Größe des Nenners darstellt.

☐ Der zweite Aspekt wird aus der Fragestellung, wegen der die Quotenbildung erfolgt, hergeleitet. Unbestritten geht es um die Messung des Umfangs der Staatstätigkeit. Daß das Ausmaß der ökonomischen Aktivität des Staatssektors in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Aktivität nicht auf der Basis einer einzelnen Quote gemessen werden kann, ist leicht einzusehen. Erstens sind die Ergebnisse bestimmter Arten staatlicher Aktivität schwerlich in Mengenkategorien faßbar, z. B. die Gesetzgebungs- und Verordnungstätigkeit des Staates [4]). Derartige Aktivitäten entziehen sich einer quotalen Messung. Zweitens existiert bisher kein Bewertungsprinzip, durch das die unterschiedlichen Arten staatlicher Aktivität gleichnamig gemacht werden könnten [5]). Und drittens können – selbst wenn ein solches Bewertungsprinzip existierte – die verschiedenen Aktivitäten aus Gründen ökonomischer Inhomogenität nicht sämtlich in einen Topf geworfen werden.

Aus der Vorstellung der Gesamtwirtschaft als einem System von Märkten, auf denen sich Angebot bzw. Anbieter und Nachfrage bzw. Nachfra-

[1]) Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten. Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 90, 30. Juli 1976, S. 849 ff.

[2]) Vgl. z. B. K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote – Abgrenzung, Aussagekraft und Anwendungsbereiche unterschiedlicher Typen von Staatsquoten, Göttingen 1975, insbes. S. 65 ff.; Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, a. a. O., S. 849 ff.; K. Littmann: Strukturen und Entwicklungen der staatlichen Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1970, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Hrsg. F. Neumark, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 30/II, Berlin 1964, S. 779 ff.

[3]) Siehe hierzu auch K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote, a. a. O., S. 56 ff. Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, a. a. O., S. 849.

[4]) Vgl.: Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, a. a. O., S. 851.

[5]) Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, a. a. O., S. 851.

Dr. Eva Lang, Dipl.-Volkswirtin, ist als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, der Universität Würzburg tätig.

ger treffen, resultieren zwei unterscheidbare Kategorien ökonomischer Aktivität, die auch im Beziehungsfeld des Staatssektors mit den privaten Sektoren zu finden sind. Verallgemeinert ausgedrückt, handelt es sich um die Angebotstätigkeit einerseits und die Nachfragetätigkeit andererseits. Die vier logisch möglichen analytischen Ansatzpunkte lassen sich auf zwei ökonomisch relevante Fragestellungen reduzieren [6]): Einmal handelt es sich um die Frage, inwieweit der Staat im Zuge seiner Nachfragetätigkeit gesamtwirtschaftliche Angebote [7]) für sich in Anspruch nimmt. Zum anderen stellt sich im Zusammenhang mit den staatlichen Angebotsaktivitäten die Frage, in welchem Ausmaß der Staat zum Entstehen der gesamtwirtschaftlichen Angebote beigetragen hat.

Im folgenden wird zunächst überprüft, ob die üblichen staatswirtschaftlichen Quoten der formalen, d. h. aus der definitorischen Festlegung des Begriffs Quote resultierenden Anforderung genügen und ob ihnen ein Aussagewert bezüglich der genannten Fragestellungen zukommt. Erst ein negatives Prüfungsergebnis berechtigt den zweiten Schritt: den Versuch der Entwicklung eines neuen quotalen Meßsystems für den Umfang der Staatstätigkeit. Die formale Bedingung und die beiden Fragen stellen in diesem Zusammenhang die Ansatzpunkte dar, auf denen die Konzeption aufbaut.

Wie bereits die Fragestellungen erkennen lassen, beschränkt sich das Untersuchungsziel auf eine möglichst globale Erfassung der Staatstätigkeit, d. h. auf spezielle Strukturkennziffern wird nicht eingegangen. Weiterhin werden weder die Probleme der Wahl des statistischen Bezugssystems — die Finanzstatistik oder die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [8]) — noch die der Abgrenzung des Staatssektors [9]) diskutiert. Die Berechnungen basieren auf dem Datenmaterial der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, was impliziert, daß eine Abgrenzung des Staatssektors entsprechend der Methodik in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterstellt ist [10]).

Herkömmliche Quoten

Zur Beurteilung des Umfangs der Staatstätigkeit werden üblicherweise die Quotienten von Staatsausgaben, Steuereinnahmen und Verschuldung jeweils bezogen auf das Bruttosozial- bzw. -inlandsprodukt herangezogen [11]).

Zunächst ist zu prüfen, ob es sich hierbei überhaupt um Quoten handelt. Im Unterschied zu den Beziehungszahlen, bei denen verschiedene Mengen in Relation zueinander gesetzt sind, bezeichnen die Begriffe Quote und Anteil das Verhältnis einer Teilmenge zu einer Gesamtmenge [12]). Der Nenner oben genannter Quotienten besteht aus der zu jeweiligen Preisen bewerteten Menge der in einer Volkswirtschaft während eines Jahres produzierten Waren und Dienste letzter Verwendung. Vom Blickwinkel dieser gegebenen Basisgröße bleibt zu fragen, ob die Größen im Zähler der jeweiligen Quotienten Teilmengen der bewerteten Gütermenge des Nenners sind.

---

6) Der Grund liegt in der Beschränkung der Untersuchung auf die ex-post-Betrachtung. Das nachgefragte gesamtwirtschaftliche Angebotsvolumen ist mit dem Volumen der realisierten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage identisch.

7) Gemeint sind die Angebotsvolumina von Gütern, Produktionsfaktormengen und finanziellen Mitteln.

8) Siehe hierzu: Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, a. a. O., S. 850 f.

9) Siehe hierzu K. Littmann: Strukturen und Entwicklungen staatlicher Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1970, a. a. O., S. 781 ff.; K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote, a. a. O., S. 11 ff.

10) Siehe zur Definition des Staatssektors: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie N, Reihe 1; Konten und Standardtabellen, Stuttgart und Mainz 1972, S. 34.

11) Vgl. z. B. Finanzwissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Gutachten zur Finanzierung eines höheren Staatsanteils am Sozialprodukt, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Wirtschaft u. Finanzen, H. 20, Bonn 1972, S. 7 ff.

12) Vgl. Gutachten zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten, a. a. O., S. 849; K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote, a. a. O., S. 56 ff.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Wolfgang Schaft

DIE MEHRJÄHRIGE FINANZPLANUNG DER BUNDESLÄNDER

Großoktav, 137 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 26,— ISBN 3-87895-144-2

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Der Zähler des Quotienten aus Staatsausgaben und Bruttosozial- bzw. -inlandsprodukt – gemeinhin *Staatsquote* genannt – errechnet sich aus der Summe der Ausgaben für Vorleistungen, Faktorentgelten, Transfers und Sachinvestitionen. In der Gegenüberstellung mit der Basisgröße zeigt sich, daß lediglich die Sachinvestitionsausgaben des Staates als Teilmenge im Bruttosozial- bzw. -inlandsprodukt enthalten sind. Auch wenn die Ausgabepositionen Vorleistungen und Faktorentgelte abzüglich der Verkäufe und ungeachtet von Abschreibungen sowie geleisteter Steuern von seiten des Staates als Ausgabeäquivalent für die Eigennachfrage des Staates nach öffentlichen Gütern betrachtet würde, liegt keine Quote vor. Denn im Bruttosozialprodukt weiterhin nicht enthalten sind die Zinsen auf öffentliche Schulden sowie Transfers. Insofern ist diese Kennziffer als Beziehungszahl aufzufassen.

Aussagegehalt der „Staatsquote"

Der zweite Untersuchungsaspekt bezieht sich auf den Aussagegehalt dieser Beziehungszahl. Nach Ansicht von Littmann veranschaulicht sie „die relative Größe jener Kreislaufströme, die über den Staatssektor laufen – also politisch determiniert sind – und sowohl direkt (A_{st}) [A_{st} = Ausgaben für Waren und Dienste, Anm. des Verfassers] als auch indirekt (W_{st}) [W_{st} = Transferzahlungen, Anm. des Verfassers] sich in Ansprüchen auf das Sozialprodukt niederschlagen" [13]).

Führen aber Ausgaben für Transfers und übrigens auch die Einkommenszahlungen an Staatsbedienstete auf indirektem Wege zu einer Inanspruchnahme des Bruttosozialprodukts? Die Frage kann bejaht werden, sofern es sich um Einkommensübertragungen an private Haushalte handelt und diese die finanziellen Mittel zur Nachfrage nach Waren und Diensten verwenden. Letzteres ist jedoch keineswegs zwangsläufig erfüllt [14]). Denn Teile der den Privaten zufließenden finanziellen Mittel werden in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an den Staat rücktransferiert, andere Teile werden gespart und zur Geldvermögensbildung verwandt. Die These, daß die sogenannte Ausgabenquote die direkte und indirekte Inanspruchnahme des Staatssektors von Teilen des Bruttosozialprodukts ausdrückt, basiert demzufolge auf der – provozierend ausgedrückt – irrealen Annahme der ausschließlichen Verwendung der vom Staat an die Privaten übertragenen finanziellen Mittel zur güterwirtschaftlichen Nachfrageentfaltung seitens der Privaten. Selbst wenn diese Bedenken beiseite geschoben werden, bleibt zu berücksichtigen, daß der Zusammenhang mit den Aktivitäten des Staates allein darin besteht, daß dieser den privaten Haushalten finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, die den Privaten eine Inanspruchnahme von Teilen des Bruttosozialprodukts ermöglichen. Und diese Argumentation ließe sich ebenso auf die Einkommensübertragungen der Unternehmen an die privaten Haushalte anwenden.

Die rein monetäre Bestandsgröße *Schuldenstand* stellt auch keine Teilmenge der güterwirtschaftlichen Strömungsgröße Bruttosozialprodukt dar. Demgemäß liegt eine Beziehungszahl und keine Quote vor. Aufgrund der Zeitdimension des Quotienten läßt er sich bezüglich seines Aussagewertes lediglich dahingehend interpretieren, daß – beispielsweise bei einer auf der Basis von Jahreswerten berechneten Beziehungszahl von 0,19 – eben 0,19 Jahre benötigt würden, um ein Volumen an bewerteten Gütermengen zu erstellen, dessen monetärer Ausdruck dem Schuldenstand entspricht.

Auch der Quotient aus *Steuereinnahmen* und Bruttosozialprodukt kann nicht als Quote bezeichnet werden. Denn bei den Steuereinnahmen handelt es sich wiederum um eine rein monetäre Größe, also keine im Bruttosozialprodukt enthaltene Gütermenge. Wie jedoch an späterer Stelle gezeigt werden wird, bedarf es lediglich einer Umformulierung der Basisgröße, um der formalen Anforderung zu genügen und den Quotienten mit Aussagegehalt zu füllen.

Wie vermutet, zeigt die Analyse in der Summe kein befriedigendes Ergebnis. Es wurde demonstriert, daß die diskutierten Beziehungszahlen weitgehend nicht den formalen Anforderungen einer Quote entsprechen und vor allem, daß, orientiert an den Fragestellungen, die staatliche Aktivität in Relation zur gesamtwirtschaftlichen nur sehr fragwürdig erfaßt wird.

Ein globales System der quotalen Messung

Das zu erarbeitende System staatswirtschaftlicher Quoten zielt auf die Erfassung der Ergebnisse staatswirtschaftlicher Aktivitäten als Teilmengen gesamtwirtschaftlicher Aggregate ab [15]). Die Differenzierung der staatlichen Aktivität in die Nachfragetätigkeit, wobei diese in einem weiteren Sinne – d. h. einschließlich der zwangsmäßigen Realisation von Nachfrage – verstanden wird, und die Produktion bzw. Bereitstellung von Angeboten führt zu zwei Kategorien von Quoten.

---

[13]) K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote, a. a. O., S. 68.

[14]) So auch K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote, a. a. O., S. 68.

[15]) Insofern liegt es nahe, als Bezugssystem, in dem die staatliche Aktivität in ihrem quantitativen Niederschlag erfaßt wird, die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und nicht den Staatshaushalt zu wählen.

Mit der ersten Kategorie wird die Inanspruchnahme des Staates von noch zu definierenden gesamtwirtschaftlichen Angebotsgrößen gemessen. Die Quoten dieser Kategorie beantworten die Frage, welchen Anteil des gesamtwirtschaftlichen Angebots der Staat als Resultat seiner Nachfragetätigkeit für sich in Anspruch genommen hat.

Die zweite Kategorie von Quoten dient der Fragestellung hinsichtlich des Beitrags des Staates zu den gesamtwirtschaftlichen Angebotsgrößen. Gemessen wird der Anteil der staatlichen Angebotsmenge am entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Angebotsaggregat. Dabei sind in der ex-post-Analyse die jeweiligen Aggregate als realisierte Nachfrage- bzw. als nachgefragte Angebotsmengen aufzufassen.

Die Ableitung der bisher noch nicht im einzelnen bezeichneten Angebots- und Nachfrageaggregate basiert auf der Vorstellung der Volkswirtschaft als einem System von drei unterscheidbaren Märkten:

- erstens dem Gütermarkt, an dem Waren und Dienste angeboten und nachgefragt werden;
- zweitens dem Markt der Produktionsfaktoren, wobei einschränkend lediglich die Faktoren Arbeit und Kapital betrachtet werden sollen; und
- drittens dem Geld- und Kreditmarkt; im weitesten Sinne verstanden als ein Markt, an dem finanzielle Mittel transferiert werden.

Die Möglichkeiten und Probleme der konkreten statistischen Erfassung außer acht gelassen, stellen die quantitativ erfaßten Gesamtergebnisse der jeweiligen Marktprozesse die Bezugsgrößen für die quotale Messung der staatlichen Aktivität dar. Allgemein ausgedrückt sind dies die Angebots- bzw. Nachfragemengen an Gütern, Faktorleistungen und finanziellen Mitteln. Die Unterscheidung dieser drei Angebots- bzw. Nachfragekategorien zusammen mit der Differenzierung der staatlichen Aktivität in einerseits die Funktion der Nachfragetätigkeit und andererseits die der Angebotstätigkeit führt in der logischen Konsequenz zu einem quotalen Meßsystem der Staatstätigkeit, das aus sechs Elementen besteht.

Basisgröße für die Messung der staatlichen Aktivität auf dem Gütermarkt ist das — z. B. zu jeweiligen Preisen bewertete — gesamtwirtschaftliche Angebotsvolumen an Waren und Diensten. Wird die vom Staat nachgefragte Gütermenge in Bezug zu dieser Basisgröße gesetzt, so ergibt sich die Quote q_1 als Indikator für das Ausmaß der staatlichen Inanspruchnahme des gesamtwirtschaftlichen Waren- und Dienstleistungsangebots. Der anteilige Beitrag des Staates zum güterwirtschaftlichen Angebot wird durch den Quotienten q_2 aus dem staatlichen Güterangebot und der Basisgröße ausgedrückt.

In analoger Weise lassen sich die quotalen Meßgrößen für die anderen Märkte formulieren. Der Umfang staatlicher Aktivität auf dem Markt für Produktionsfaktoren wird durch die Quoten Nachfrage des Staates nach Faktorleistungen/gesamtwirtschaftliches Faktorleistungsangebot (q_3) und staatliches Angebot an Faktorleistungen/gesamtwirtschaftliches Faktorleistungsangebot (q_4) gemessen. Bezüglich des Marktes der finanziellen Mittel wird der Umfang der Inanspruchnahme des Staates durch den Anteil der Nachfrage des Staates am gesamtwirtschaftlichen Angebot von finan

Abbildung 1

Ein System der quotalen Messung der Staatstätigkeit

	Quoten zur Messung der staatlichen Inanspruchnahme von gesamtwirtschaftlichen Angeboten	Quoten zur Messung des Beitrags des Staates zu gesamtwirtschaftlichen Angeboten
Gütermarkt	$q_1 = \frac{\text{Nachfrage des Staates nach Gütern}}{\text{Gesamtwirtschaftliches Güterangebot}}$	$q_2 = \frac{\text{Angebot des Staates an Gütern}}{\text{Gesamtwirtschaftliches Güterangebot}}$
Markt der Produktionsfaktoren	$q_3 = \frac{\text{Nachfrage des Staates nach Faktorleistungen}}{\text{Gesamtwirtschaftliches Angebot an Faktorleistungen}}$	$q_4 = \frac{\text{Angebot des Staates an Faktorleistungen}}{\text{Gesamtwirtschaftliches Angebot an Faktorleistungen}}$
Geld- und Kreditmarkt	$q_5 = \frac{\text{Nachfrage des Staates nach finanziellen Mitteln}}{\text{Gesamtwirtschaftliches Angebot an finanziellen Mitteln}}$	$q_6 = \frac{\text{Angebot des Staates an finanziellen Mitteln}}{\text{Gesamtwirtschaftliches Angebot an finanziellen Mitteln}}$

ziellen Mitteln (q_5) indiziert. Die Erfassung des anteiligen Beitrags des Staates zum diesbezüglichen gesamtwirtschaftlichen Angebot erfolgt durch den Quotienten aus dem staatlichen Angebotsvolumen an finanziellen Mitteln und dem gesamtwirtschaftlichen Angebotsvolumen (q_6). Das System wird in der Abb. 1 noch einmal in schematischer Form wiedergegeben.

Mit dem hier vorgestellten System sind die Probleme keineswegs gelöst. Es muß als theoretisches Fundament verstanden werden, auf dem die konkrete Messung der staatlichen Aktivität aufgebaut werden kann. Ohne sämtliche Probleme lösen und sämtliche Möglichkeiten der Messung ausschöpfen zu können, soll im folgenden versucht werden, die Quotenbestandteile, orientiert am Datenmaterial der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, zu konkretisieren und so zu Meßergebnissen für den Umfang und die Entwicklung der staatlichen Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland zu gelangen.

Messung der staatlichen Aktivität

Im ersten Schritt soll der Umfang der Aktivität des Staates in der Bundesrepublik auf dem Gütermarkt gemessen werden. Der vom Staat beanspruchte Anteil am gesamtwirtschaftlichen Angebotsvolumen an Gütern läßt sich aus den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen relativ unproblematisch ermitteln. Die staatliche Nachfrage ergibt sich aus der Summe der zu jeweiligen Preisen bewerteten Vorleistungen, Investitionsgüterkäufe und dem Staatsverbrauch, der sogenannten Eigennachfrage des Staates. Letztere Nachfragekomponente stellt allerdings ein Relikt der klassischen Volkswirtschaftslehre dar, nach der es Bedürfnisse des Kollektivs als solche gibt [16]). Nach heutiger Auffassung handelt es sich bei dieser Größe um die zu Kostenpreisen bewertete Nachfrage der Individuen nach vom Staat zur Verfügung gestellten Kollektivgütern. Abhängig vom theoretischen Standort berechnet sich der Zähler der Quote q_1 aus der Summe sämtlicher oben genannter Nachfragekomponenten — in Tabelle 1 entspricht dem die Quote q_{11} — oder nur aus den beiden Erstgenannten — in der Tabelle 1 als Quote q_{12} ausgewiesen.

Der Nenner der Quoten q_{11} und q_{12} wurde aus der Summe des Produktionswertes und den Waren- und Dienstleistungsimporten gebildet, da diese Größe dem gesamtwirtschaftlichen Güterangebot am ehesten entspricht [17]).

Die Messung des Beitrags des Staates zum gesamtwirtschaftlichen Güterangebot ist in der Thematik der Erfassung des Umfangs staatlicher Aktivität sicherlich von überragender Bedeutung. Um so beachtenswerter ist es, daß gerade die Bildung dieser Quote äußerst problematisch ist. Da das Angebot an öffentlichen Gütern nicht mit unmittelbaren Gegenleistungen in Form von Güter-Güter- oder Güter-Geldtauschbeziehungen am Markt gekoppelt ist und zudem öffentliche Güter weitgehend von spezifischem Charakter sind, so daß keine Wertäquivalente aus dem privaten Sektor herangezogen werden können, existiert kein Bewertungsindikator für den staatlichen Güteroutput. Es muß auf einen Behelfsindikator zurückgegriffen werden. Wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung praktiziert, wird auch hier im Zähler der Quote q_2 der Wert der staatlich produzierten und bereitgestellten Güter zu Kostenpreisen erfaßt.

Das Fehlen marktmäßiger Nachfragebeziehungen wirft darüber hinaus bezüglich der Wahl der Basisgröße Probleme auf. Es erscheint zunächst naheliegend, das Bruttoinlandsprodukt heranzuziehen. Mit dieser Wahl wird jedoch unterstellt, daß die staatliche Güterproduktion in letzte Verwendung gelangt, der Staat also keine Güter der Verwendungskategorie Vorleistungen erstellt. Die Problematik, ob überhaupt und wenn ja, wie das staatliche Güterangebot den Verwendungskategorien Konsum, Investition und Vorleistungen zugerechnet werden kann, wird dagegen bei der Wahl des Produktionswertes nicht relevant. Demzufolge wird als Basisgröße der Quote q_2 wiederum die Summe aus dem Produktionswert und den Güterimporten gewählt.

Aktivität auf den Gütermärkten

Die in Tabelle 1 berechneten Werte lassen seit 1969 eine steigende Inanspruchnahme des Staates am gesamtwirtschaftlichen Güterangebot erkennen. Aussagen über die Ursachen der Entwicklung können auf der Basis dieses Informationsstandes nicht getroffen werden. Hierzu wäre eine detailliertere Betrachtung der Nachfragestruktur des Staates insgesamt und der einzelnen Instanzen notwendig. Nicht übersehen werden sollte jedoch die absolute Höhe der anteiligen Nachfragetätigkeit des Staates am Gütermarkt. Denn in Relation zu der Bedeutung, die der güterwirtschaftlichen Nachfragetätigkeit des Staates speziell in konjunkturpolitischen Diskussionen beigemessen wird, erweisen sich die ausgewiesenen Quoten in Höhe von 10,6 bzw. 4,6 % im Durchschnitt der beobachteten Jahre als sehr gering.

Die Quote q_2 zeigt insgesamt steigende Anteile. Diese Entwicklung läßt auf eine anteilige Steige-

[16]) J. Komarnicki, K.-H. Neuhaus: Der Staatssektor in der Input-Output-Rechnung, Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, N.F., Heft 32, Berlin 1972, S. 17 f.

[17]) Differenzen sind insbesondere in der Position Lagerbestandsveränderungen zu sehen.

rung des staatlichen Güteroutputs, verbunden mit vermehrten Inputmengen, hindeuten. Doch ist die Möglichkeit, daß sie auf einer reinen Inputkostensteigerung beruht, ohne daß sich der Beitrag des Staates zum gesamtwirtschaftlichen Güterangebot vergrößert hat, grundsätzlich nicht auszuschließen.

Im zweiten Schritt steht die Messung des Umfangs staatlicher Aktivität auf dem Markt der Produktionsfaktoren zur Diskussion. Auch hier zeigt sich, daß die Messung der staatlichen Inanspruchnahme von Faktorleistungen wesentlich weniger Probleme aufgibt als die Messung des Beitrages des Staates am Faktormarkt.

Anteile auf den Faktormärkten

Die anteilige Inanspruchnahme des Staates am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebot kann auf der Basis von reinen Mengenrelationen — wie z. B. Personenzahl oder Arbeitsstunden — oder in zu Faktorpreisen bewerteten Mengen ermittelt werden. Da keine der Möglichkeiten eindeutig bevorzugt werden kann, wird in Tabelle 2 sowohl der Anteil der beim Staat beschäftigten Personen an der Zahl der Erwerbstätigen im Inland (q_{31}) als auch der Anteil der vom Staat geleisteten Faktoreinkommen an den im Inland insgesamt geleisteten Einkommenszahlungen an unselbständig Beschäftigte ausgewiesen (q_{32}).

Problematischer ist die Messung der staatlichen Inanspruchnahme des Produktionsfaktors Kapital. Die Analyse kann sich hier auf die anteilige Inanspruchnahme des bestehenden volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes oder aber auf Bestandsveränderung beziehen. Nicht zuletzt aufgrund des statistischen Materials wird in Tabelle 2 lediglich die anteilige Inanspruchnahme des Staates am gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionsvolumen (q_{33}) gemessen.

Der Beitrag des Staates zum gesamtwirtschaftlichen Angebot des Produktionsfaktors Arbeit ist null. Eine Quotenbildung erübrigt sich hier. Dagegen muß davon ausgegangen werden, daß der Staat sehr wohl Faktorleistungen Kapital anbietet bzw. bereitstellt. Gleichwohl kann der Beitrag des Staates zum gesamtwirtschaftlichen Angebotsvolumen dieses Faktors nicht ermittelt werden. Der Grund liegt wiederum in der Ungelöstheit des Zurechnungsproblems öffentlicher Güter bezüglich der einzelnen Verwendungskategorien Vorleistungen, Konsum und Investition.

Die in den Quoten q_{31} und q_{32} ausgewiesenen Werte illustrieren die nicht vernachlässigbare Bedeutung des Staates als Nachfrager von Arbeitskraft bzw. Arbeitsleistungen, wobei darüber hinaus eindeutig eine steigende Tendenz der anteiligen Inanspruchnahme des Produktionsfaktors Arbeit von seiten des Staates zu beobachten ist. Dagegen unterliegt die Quote q_{33} erheblichen Schwankungen, die jedoch weniger in periodisch starken Änderungen der staatlichen Nettoinvestitionsnachfrage, sondern vielmehr in der konjunkturellen Abhängigkeit des Investitionsverhaltens der Privaten begründet sein dürften.

Aktivität auf dem Geld- und Kreditmarkt

Untersuchungsziel im dritten Schritt ist die Messung des Umfangs der staatlichen Aktivität auf dem Geld- und Kreditmarkt. Im Untersuchungsbereich des Umfangs der staatlichen Inanspruchnahme finanzieller Mittel wird die Steuerquote relevant. Das Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen wird als realisierte Zwangsnachfrage des Staates von Teilen des gesamtwirtschaftlichen Bruttoeinkommens — als dem potentiellen Angebotsvolumen — verstanden. Das Bruttoeinkommen entspricht dem monetären Ausdruck des Bruttoinlandsprodukts, so daß im Vergleich zu der eingangs diskutierten „Steuerquote" tatsächlich nur eine Umformulierung des Nenners vorgenommen wurde [18]). Der Zähler der Quote q_{51} wurde aus der Summe der Steuereinnahmen, den Beiträgen zur gesetzlichen Unfallversicherung, den Verwaltungsgebühren der Unternehmen sowie den Sozialversicherungsbeiträgen errechnet. Im Vergleich der Jahre zeigt die in Tabelle 3 ausgewiesene Quote q_{51}, daß der Staat von den im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses erfolgten Rückflüssen finanzieller Mittel in Form von Einkommen bzw. Umsatzerlösen steigende Anteile für sich in Anspruch genommen hat.

Alternativ zu dieser „zwangsmäßigen" Realisation des Bedarfs an Finanzierungsmitteln tritt der Staat als Nachfrager von Krediten auf. Das Datenmaterial zur Berechnung des Anteils der realisierten Kreditnachfrage des Staates am nachgefragten gesamtwirtschaftlichen Kreditangebot ist der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank entnommen. Als Ausdruck für das nachgefragte gesamtwirtschaftliche Angebotsvolumen an finanziellen Mitteln, verbunden mit einem Erwerb von Forderungen, wird die gesamtwirtschaftliche Geldvermögensbildung als Basisgröße der Quoten q_{52} und q_{53} gewählt. Die zusätzliche Berechnung der Quote q_{53} verdeutlicht, daß infolge von Änderungen in der Fristigkeitsstruktur die Anteile erheblich differieren können.

Auf der Angebotsseite des Marktes stellt der Staat dem privaten Sektor finanzielle Mittel zur Verfügung. Ist dieser Mitteltransfer mit dem Erwerb von Forderungen verbunden, so handelt es sich

[18]) So auch K. Littmann unter Mitarbeit von B. Krüger: Definition und Entwicklung der Staatsquote, a. a. O., S. 79.

Tabelle 1

Umfang und Entwicklung der Anteile staatlicher Aktivität in der Bundesrepublik auf dem Gütermarkt 1966–1974 [1])

(in %)

		1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])	1974 [2])
q_{11} =	Staatl. Nachfrage einschl. Eigennachfrage / Gesamtes Aufkommen von Gütern aus der Produktion und Einfuhr	10,2	10,5	10,0	9,8	10,0	10,9	11,2	11,4	12,0
q_{12} =	Staatl. Nachfrage ohne Eigennachfrage / Gesamtes Aufkommen von Gütern aus der Produktion und Einfuhr	4,6	4,6	4,4	4,3	4,4	4,7	4,8	4,8	5,1
q_2 =	Produktionswert des Staates / Gesamtes Aufkommen von Gütern aus der Produktion und Einfuhr	6,2	6,6	6,3	6,2	6,2	6,9	7,2	7,3	7,7

[1]) Gerundete Werte. [2]) Vorläufiges Ergebnis. Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie N, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1972, S. 68 u. 73; 1973, S. 66 u. 71, sowie Vorbericht 1975, S. 26 u. 28.

Tabelle 2

Umfang und Entwicklung der Anteile staatlicher Aktivität in der Bundesrepublik auf dem Faktormarkt 1966–1974 [1])

(in %)

		1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])	1974 [2])
q_{31} =	Im Staatssektor beschäftigte Arbeitnehmer / Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	13,0	13,3	13,4	13,0	13,5	13,9	14,5	14,8	15,6
q_{32} =	Vom Staat geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit / Im Inland geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit	16,1	17,0	16,9	17,0	16,8	17,7	18,1	18,4	19,5
q_{33} =	Nettoinvestitionen des Staates / Gesamtwirtschaftliche Nettoinvestitionen	23,5	26,9	22,6	20,7	21,3	21,9	20,3	20,2	30,3

[1]) Gerundete Werte. [2]) Vorläufiges Ergebnis. Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, a. a. O., 1972, S. 159, 164 u. 194 f.; 1973, S. 163, 169 u. 200, sowie Vorbericht 1975, S. 43, 47 und 62.

Tabelle 3

Umfang und Entwicklung der Anteile staatlicher Aktivität in der Bundesrepublik auf dem Geld- und Kreditmarkt 1966–1974 [1])

(in %)

		1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])	1974 [3])
q_{51} =	Steuern und steuerähnliche Einnahmen [3]) / Gesamtwirtschaftliches Bruttoeinkommen	34,2	34,6	34,2	36,0	35,3	36,1	37,0	39,1	39,4
q_{52} =	Kreditaufnahme des Staates / Gesamtwirtsch. Geldvermögensbildung	7,2	11,9	8,1	1,1	3,8	4,7	5,4	5,6	9,0
q_{53} =	Längerfr. Kreditaufnahme des Staates / Gesamtwirtsch. Geldvermögensbildung	5,0	7,6	7,4	4,3	3,9	4,9	5,7	4,6	7,9
q_{61} =	Lfde. Übertragungen des Staates an private Haushalte / Gesamtes Einkommen der privaten Haushalte	15,1	16,3	15,7	15,4	14,4	14,4	14,9	14,8	15,6
q_{62} =	Staatliche Subventionen / Beiträge des Unternehmenssektors zum Bruttoinlandsprodukt und empfangene Übertragungen	1,3	1,2	1,5	1,4	1,5	1,4	1,5	1,7	1,6
q_{63} =	Staatliche Geldvermögensbildung / Gesamtwirtsch. Geldvermögensbildung	6,7	6,7	5,2	5,2	5,3	6,1	4,8	10,7	5,6

[1]) Gerundete Werte. [2]) Vorläufiges Ergebnis. [3]) Einschl. Steuern aus Vermögen. Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, a. a. O., 1972, S. 69, 103, 177 u. 181; 1973, S. 67, 101 u. 188; Vorbericht 1975, S. 26, 33 u. 57. Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Sonderdruck Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1950 bis 1974, Mai 1975, S. 36 und 76 ff.

um eine Geldvermögensbildung. Nicht an den Erwerb von Forderungen geknüpft sind dagegen die Übertragungen des Staates an die privaten Haushalte und Unternehmen. Da eine Basisgröße, die sowohl die Übertragungen an private Haushalte als auch diejenigen an den Unternehmenssektor als Teilmengen enthält, aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht abgeleitet werden kann, muß an dieser Stelle eine weitergehende sektorale Differenzierung vorgenommen werden. Die Vermögensübertragungen vernachlässigt, stellen die laufenden Übertragungen der privaten Haushalte eine Teilmenge des gesamten Einkommens dieses Sektors dar. Die Quote q_{61} in Tabelle 3 weist diesen Anteil aus.

Der Beitrag des Staates zu den dem Unternehmenssektor zufließenden finanziellen Mitteln wird durch Bezug des Subventionsvolumens auf die Summe aus dem Beitrag des Unternehmenssektors zum Bruttoinlandsprodukt und den empfangenen Subventionen gebildet (q_{62}). Dabei ist unterstellt, daß der Beitrag des Unternehmenssektors zum Bruttoinlandsprodukt den Verkaufserlösen des Unternehmenssektors entspricht. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Quote aufgrund ihres artifiziellen Charakters sicherlich keine besonders große Aussagekraft beigemessen werden kann. Eine bessere Lösung der Erfassungsgrundlage konnte jedoch bisher nicht gefunden werden.

Unproblematischer ist die Messung des Beitrags des Staates zur gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung durch den Quotienten (q_{63}) aus den in der Finanzierungsrechnung ausgewiesenen Positionen der staatlichen und gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung. Die Berechnungen der Quote q_{63} lassen erkennen, daß der Staat in nicht unbedeutendem Maße zur gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung beiträgt. Dies gilt besonders im Vergleich zur Quote q_{52}. Denn hier zeigt sich, daß hinsichtlich der quantitativen Höhe der beiden „Marktanteile" die ungleich größere Bedeutung, die der Kreditnachfragetätigkeit des Staates in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion beigemessen wird, nicht gerechtfertigt ist.

Theoretisch ungelöste Probleme

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß sich in der Bundesrepublik tendenziell ein steigender Anteil der Inanspruchnahme des Staates von Gütern Faktorleistungen und nichtkreditären finanzieller Mitteln beobachten läßt. Bezüglich der anteiligen Inanspruchnahme der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung zeigt der Beobachtungszeitraum keine eindeutige Entwicklung. Soweit die anteiligen Beiträge des Staates gemessen werden konnten, weisen auch hier die Ergebnisse auf eine Ausdehnung der staatlichen Aktivität hin. Doch gilt diese Aussage nur unter den genannten Vorbehalten. Die Messung des Beitrags des Staates zum Faktorangebot (q_4) erwies sich als undurchführbar.

Gerade die Aussagevorbehalte und das Fehlen der Meßgrundlagen bezüglich bestimmter Quoten zeigen ein für die weitere Forschung nicht unwichtiges Ergebnis des Versuchs der Umsetzung des allgemeinen Systems der quotalen Messung in die konkrete Erfassung des Umfangs der Staatstätigkeit. Die aufgetretenen Probleme resultieren weder aus der Wahl des Ansatzpunktes noch sind sie speziell der Thematik „staatswirtschaftlicher Quotenbildung" zuzurechnen. Vielmehr handelt es sich um die ungelösten Probleme der makroökonomischen Finanztheorie: die Erfassung und Bewertung öffentlicher Güter, ihre Zurechnung in unterscheidbare Verwendungskategorien und ihre Integration in ein gesamtwirtschaftliches Rechnungssystem.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Wolfgang Michalski, Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

REDAKTION:
Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski, Dipl.-Vw. Hubert Höping (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Renate Schletz, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:
Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigen: Generalvertretung Dr. Hans Klemen

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,– (Studenten: DM 30,–)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Otto Schwitzke, Hamburg

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen. Copyright by Verlag Weltarchiv GmbH.